

www.verbal.at

An das Bundesministerium für Inneres
Referat II/1/c – Fremdenlegistik
BMI-III-1-c@bmi.gv.at

sowie

An das Präsidium des Nationalrates
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 27. Jänner 2011

Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Asylgesetz 2005 und das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert werden (GZ: BMI-LR 1355/0007_III/1/c/2010 vom 9.12.2010)

Sehr geehrte Damen und Herren, hochgeschätztes Präsidium des Nationalrates,
Sehr geehrte Frau Präsidentin Prammer!

Der Verband für Angewandte Linguistik (verbal, www.verbal.at) vernetzt Forschende und Studierende, die im Bereich der Angewandten Sprachwissenschaft in Österreich tätig sind. Zudem verpflichtet sich verbal, Stellungnahmen zu sprach- und kommunikationsrelevanten politischen Entwicklungen in Österreich abzugeben und damit an Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Der vorliegende Gesetzesentwurf hat klare sprachliche Implikationen. Verbal unterstützt vollinhaltlich die vom Netzwerk SprachenRechte am 26. Jänner 2011 abgegebene kritische Stellungnahme zum Gesetzesentwurf: Der politische Wille zur Sicherung des sozialen Friedens in Österreich und zur Bündelung der Gesetze wird grundsätzlich begrüßt. Gemeinsam mit dem Netzwerk SprachenRechte kritisiert verbal allerdings, dass die Deutschkenntnisse das wichtigste Kriterium für Integration darstellen. Ebenso fordert verbal, die Fragen der Familienzusammenführung ausschließlich unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten zu regeln.

Mit freundlichen Grüßen



PD Dr. Eva Vetter

Geschäftsführende Vorsitzende von verbal (www.verbal.at)

eva.vetter@univie.ac.at